

Sächsische Volkszeitung

Beitrag zum Kampf um die Freiheit der Presse, des Wortes und des Versammlungsrechtes. Einzelnummer 10 Pf. Abonnement-Preis halbjährlich 1.10, jährlich 2.10.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Verlegt von der Sächsischen Volkszeitung in Dresden, Neustadt, Neustädter Straße 40. — Fernsprecher Nr. 1000.

Waffen wir aus dem Turm heraus?

In dem von uns wiedergegebenen Artikel, den Herr Justizrat Dr. Bachem in den „Historisch-politischen Blättern“ veröffentlicht hat, wurde die Forderung aufgestellt, das Zentrum müsse aus dem Turm heraus, das heißt sich im politischen Leben nicht allein auf die Katholiken verlassen, sondern auch Protestanten für seine Politik zu gewinnen suchen. Insbesondere wurde vorgeschlagen, das Zentrum möge eine Anzahl protestantischer Kandidaten in sicheren Wahlkreisen aufstellen, die sich freundlich zum Zentrum stellen. Man könne hierbei in erster Linie an die Christlich-sozialen denken. Die jetzige Isoliertheit des Zentrums habe doch manche lebhaft Bedenken. Es darf nicht überraschen, daß eine solche Forderung in der Öffentlichkeit lebhaft besprochen wird und bei Freund und Gegner viel Beachtung findet. Von einem Zentrumsabgeordneten gehen uns über den Vorschlag folgende Bemerkungen zu:

Das Wort vom „Zentrumsturm“ hat auch heute noch seine volle Berechtigung; die Zentrumsfraktion fühlt sich bei all der positiven Aufgabe, die sie erfüllen muß, doch als eine Minderheitspartei. Ob nun dieser Vorschlag dazu angetan ist, ihre eine Mehrheit im Reichstage zu verschaffen, erscheint uns sehr fraglich. Ganz falsch aber würde die Ansicht sein, als bestehe die Besetzung des Zentrumsturmes nur aus Katholiken! Mit nichten! Seit 1871 hat das Zentrum zu seinen Wählern stets Protestanten gezählt und seit 1871 finden sich in der Zentrumsfraktion immer protestantische Abgeordnete, sei es nun als Vollmitglieder oder als Hospitanten. Das gesamte Programm des Zentrums ist ein interkonfessionelles, insofern, als es keinem Protestanten den Eintritt unmöglich macht; es ist ein christliches, als es die Regungen des Christentums auch für die Politik und das Wirtschaftsleben zur Geltung bringen will. In dieser Beziehung haben wir also gar nicht nötig, aus der festen Stellung des Zentrumsturmes auszurücken und in das breite Flachland zu marschieren, wo unsere Scharen gar leicht dem Feinde ausgesetzt sind und große und kleine Angriffe leicht erhebliche Verwirrung verursachen können. Nach dieser Seite hin scheint uns also die Mahnung etwas verpatet zu sein und sie kann sich höchstens an jene Kreise richten, welche das Zentrum zu einer konfessionellen Partei machen wollen, aber diese Leute sind nicht so zahlreich und nicht so einflussreich, um für ihre verfehlten Ideen Anhang zu finden.

Ganz untauglich aber scheint uns das vorgeschlagene Mittel zu sein, in sicheren Zentrumsdomänen einen Protestant an aufzustellen, der aber nicht in allerweg Zentrumsmann ist. Gewiß, stellt sich ein protestantischer Kandidat durchweg auf den Boden des Zentrums, so muß er mit aller Kraft unterstützt werden, kann der Fraktion beitragen und er ist vollberechtigtes Mitglied. Als einen sehr großen Fehler aber würden wir es ansehen, wenn man in sicheren Zentrumswahlkreisen einen Kandidaten empfehlen würde, der mit einem Auge nach uns schaut, mit dem anderen in entgegengekehrter Richtung und der schließlich mit beiden Füßen in einem anderen Lager steht. Ganz abgesehen davon, daß uns solche Leute nichts nützen können, würden sie nur in unserer Reihen Verwirrung anrichten; es scheint uns auch eine starke Zumutung zu sein, daß Zentrumswähler auf die Wahl eines der übrigen verzichten sollen, um einen anderen das Mandat zuzuführen. Eine solche Taktik lohnt sich nicht; man hat zum Schaden nur den Spott. Diejenigen Leute, welche jetzt für einen solchen Vorschlag eintreten, haben noch vor einigen Jahren den entgegengekehrten Standpunkt eingenommen, als es sich in einem überwiegend protestantischen Wahlkreise darum handelte, einen Zentrumsmann aufzustellen, der dem Bunde der Landwirte angehörte und dessen Wahl lediglich diesem Umstande zu verdanken ist. (Hildesheim.) Nun aber scheitert ein solcher Vorschlag bereits an der Kandidatenfrage. Wo finden sich solche Protestanten von gutem Klang? Man verweist auf die Christlich-Sozialen! Aber man bedenkt nicht, daß zum Beispiel jetzt die Christlich-Sozialen mit den rabiatesten Altkatholiken in einer Fraktion sitzen, daß in derselben Fraktion auch zum Beispiel die niederbayerischen Bauernbündler befinden. Nun denke man sich einmal diesen Vorschlag verwirklicht. In Bayern arbeiten unsere Gefinnungsgenossen mit Hochdruck, um dem Bauernbund die paar Mandate noch abzunehmen, in den Rheinlanden sollen die Zentrumswähler sofort einem Mann die Stimme geben, der mit den Bauernbündlern in einer Fraktion sitzt und dem Rufe des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg folgt. Daß eine solche Taktik die größte Verwirrung hervorrufen würde, ist selbstverständlich und wir allein hätten den Schaden. Hat man am Rhein Lust zu einem solchen Experiment, so kann man es ja einmal dort versuchen und man ist dann vielleicht für immer kuriert.

Was aber soll das Zentrum überhaupt durch ein solches Verbalten gewinnen? Seine angebliche Isoliertheit verschwindet deshalb nicht, der vom Zentrum gewählte Protestant, der nicht ganz der Zentrumsfraktion beiträgt, hat doch im Reichstage und im öffentlichen Leben gar keinen Einfluß, weder bei uns, noch viel weniger aber bei anderen Parteien, die den „Abtrünnigen“ höchstens schief ansehen. Da gibt es in der Tat ganz andere Mittel, um die bestehende Isoliertheit zu beseitigen. Einmal ist diese gar nicht so groß. Die Parteien haben sich längst gewöhnt, mit dem

Zentrum zusammenzuarbeiten, sie nehmen mit ihm Fühlung und sie rechnen mit ihm. Man werfe nur einen Blick auf die derzeitigen Arbeiten in der Steuerkommission, wo von einer Isoliertheit des Zentrums keine Spur zu finden ist. Praktische Arbeit für das Wohl des Volkes und das Gedeihen des Reiches erscheint uns ein weit besserer Vorschlag zu sein, um alle unerwünschte Isoliertheit zu beseitigen. Schließlich ist ja jede Partei isoliert und muß es sein, falls sie auf ihr Programm etwas hält. Das Zentrum hat es an der praktischen Arbeit nicht fehlen lassen und das ist für uns das Entscheidende, darin liegt seine Kraft und seine Stärke. Nicht die Rücksicht auf andere hat uns groß gemacht, sondern die entschiedene Vertretung unseres guten eigenen Rechtes, und sie erhält uns auch in Zukunft oben! Uns scheint dieser neueste Vorschlag höchstens akademischen Wert zu haben, die realen Kräfte in der Politik lassen ihn nicht zur Durchführung kommen und ein Versuch in dieser Richtung könnte höchstens den Erfolg haben, daß in diesem oder jenem Wahlkreise der Satz wahr werden würde:

Von seinen Feinden nie besiegt;
Von den eigenen Freunden verlassen!

Deshalb bleiben wir im Turm, zumal die Anzeichen für eine Mobilisierung sich mehren und diese durch unser Ausschwärmen eher gefördert als gehemmt wird.

Deutscher Reichstag.

K. Berlin, 66. Sitzung am 15. März 1906.

Die Beratung des Kolonialamts wird fortgesetzt beim Nachtragsetat für Ostafrika. Geheimrat Rose legt den Fall Koch dar; derselbe hat seinen Heimaturlaub angetreten und erst hier in Berlin ist im November 1900 seine Tropenunfähigkeit festgestellt worden. Die Kolonialverwaltung habe hier nichts verurteilt. Auch in der Pensionierung Kannenbergs sei nichts verurteilt worden. Ein neuer schwerer Vorwurf des Abg. Erzberger entbehrt jeglicher Begründung. — Abg. Dr. Wendt (Kat.) teilt für die Einrichtung einer Kolonialprofessur ein; unser Beamtenpersonal muß gegen Zufälle sicher gestellt werden. Warum hat der Abgeordnete Bebel nicht mehr auf Peters hingepunkt? Die gegen Peters aufgeführten Zeugen sind heute nicht mehr glaubwürdig, der eine dieser Zeugen ist geisteskrank geworden, der andere, der Hauptzeuge Bronnart von Schellendorf ist landesrühmlich; ihm werden die schwersten sittlichen Vergehen nachgesagt; er kann überhaupt nicht als glaubwürdig angesehen werden. Das Lob des Abg. Erzberger, das er von Bebel erfahren hat, wird sich hoffentlich bald in eine Gegnerschaft verwandeln. Ich muß billige die Art, wie der Abg. Erzberger in einem Teil der kolonialfreundlichen Presse angegriffen worden. Ich muß vielmehr lobend hervorheben, wie sehr der Abgeordnete Erzberger über große Kenntnisse in Kolonialfragen verfügt, was dem ganzen Reichstage zu gute kommt. Hätten wir mehr Eisenbahnen und Schutruppen in den Kolonien gehabt, so hätten wir nicht diese Zustände gehabt. Wäre die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei, so müßte sie an der Spitze der Kolonialpolitik stehen. Sobald wir Eisenbahnen besitzen, gehen die Kolonien in einen großen Entwicklung entgegen. Dann kommen die Kolonien einer großartigen Entwicklung zu gute. — Abg. Spahn (Zentr.): Dem Programm des derzeitigen Kolonialdirektors stimme ich ganz bei; aber unsere Kolonialpolitik soll Kulturpolitik sein und nicht Gewaltpolitik. Nur die besten Beamten sollen in die Kolonien hinausgeschickt werden. Gegenüber dem Abg. Erzberger spreche ich aus, daß ich durch seine Ausführungen nicht überzeugt worden bin. Wir können uns nicht einmischen in die Anstellungsverhältnisse der Beamten; die Beamten sollen sich auf den Verbesserungsweg wenden. Somit erkläre ich die Disziplin. Den Reichstag sollte man mit dem Fall Petz nicht mehr beschäftigen; dieser Fall ist abgetan! Welchen Missionsschulen und Regierungsschulen nebeneinander, so gibt das einen Kulturzustand, den wir nicht wollen. Für die weißen Kinder können die Missionsschulen genügend sorgen. Die Zukunft unserer Kolonien beruht auf den Missionsschulen; diese müssen also unterstützt werden. Die evangelischen Missionen haben am meisten über die Beförderung des Wohlstandes gearbeitet. Die Kolonien, die wir besitzen, müssen wir erhalten; aber die Aufwendungen hierfür müssen sich im Rahmen der Finanzen des Reiches halten. (Sprünz v. Hohensolms dankt dem Vordrager, daß er in der Frage der Anstellungsverhältnisse sich auf diesen Boden gestellt hat. Es wäre der Regierung im höchsten Grade erwünscht, wenn sich der Reichstag auf diesen Standpunkt stellen wollte. Wir wählen unsere Beamten sehr sorgfältig aus, aber wir können uns nicht leisten, die Förderung des Christentums in den Kolonien zu vernachlässigen. Die Förderung des Christentums liegt uns am Herzen. — Herr v. Richthofen (Konf.): In dem Falle Brandes seien tatsächlich dem Reichstage wichtige Mitteilungen gemacht worden. Die Mission soll überall unterstützt werden; sie wird durch die Regierungsschulen nicht geschädigt. — Abg. Lattmann (Wirtsch. Berg.): Neben kulturellen und christlichen Gründen sprechen auch wirtschaftliche Gründe die Kolonialpolitik. — Abg. Ledebour (Soz.) bespricht eine Anzahl von Einzelfällen aus den Kolonien. Der Abg. Dr. Spahn hat dem Reichstage das Recht vorenthalten wollen, hier Beschwerden vorzubringen, dieses geht nicht an. — Abg. Erzberger (Zentr.): Der Abg. Bebel hat mich wegen der Offenheit und Rücksichtslosigkeit meiner Kritik gelobt, ein Lob aus solchem Munde ist mir gerade nicht angenehm, aber er hat auch die Kolonialverwaltung gelobt und zwar wegen der Einführung von religionslosen Schulen, dieses letztere Lob ist noch viel bedenklicher, weil es sich hier um eine Prinzipienfrage handelt. Meine Kritik verfolgt den allgemeinen Zweck, eine gründliche Besserung herbeizuführen und diese ist sehr notwendig. Wenn wir vertuschen wollten, hätte nur die Sozialdemokratie den Vorteil. Ich habe den vollen Beweis für alle meine Behauptungen geliefert und konstatiere, daß meinem Bemeisermaterial nicht entgegengetreten werden konnte, das genügt mir. Die Konsequenzen sind der Reichstag in erster Linie zu ziehen haben und zwar sehr bald und sehr deutlich. Wir haben Anspruch darauf, stets hier die ganze Wahrheit zu erfahren, zumal angesichts der hohen Kosten, die das deutsche Volk zu tragen hat. Wenn Dr. Spahn seine Privatansicht hier vorbrachte, so vertritt ich aber andere Ansichten. Ich untergebe nicht die Disziplin, sondern trete ein für Gerechtigkeit und die Gerechtigkeit steht mir höher als die Disziplin. — Herr Rat Rose: Unter den Leuten in den Marschallfeldern habe ich selbst 6 Jahre lang gelebt und muß sagen, daß ich dort ohne Begehren nicht auskommen kann. (Lacht.) — Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Spahn wird die Weiterberatung vertagt. — Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. — Schluß 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 16. März 1906.

Der Kaiser hat an den Hauptmann Volkmann in der Schutztruppe für Südwestafrika folgendes Telegramm gerichtet: „Ich spreche Ihnen, wie den bei der Unterwerfung des Cornelius beteiligten Truppen meine warme Anerkennung aus und verleihe Ihnen den Kronenorden dritter Klasse mit Schwertern.“

Erzbischof v. Stabilewski befahl nach der „N.-Z.“ dem Geistlichen Dr. Korysciewicz, Religionslehrer am Gymnasium in Schrimm, sofort aus dem Verein Deutscher Katholiken auszutreten.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am 15. d. M. die Beratung des Militäretats fort und zwar zuerst mit der Revisierung von vier Reitschulen in Sprottau, Soltan, Baderborn und Bilsch; die Kosten belaufen sich auf 1,8 Millionen Mark einmalige Ausgaben und 300 000 Mark fortwährende. Kriegsminister von Ciem: Seit 1870 schon wünschen wir solche Reitschulen; die besten Reiteroffiziere haben sie stets gefordert; aber Kaiser Wilhelm I. war solchen Neuerungen abhold. Man wollte nicht von dem Grundgesetz abgehen, daß die Vorbildung der Offiziere in dem Regiment selbst geschehen soll. Auf internationalen Konkurrenzen und Disparitäten sind wir glänzend unterlegen. Eine grundlegende Ausbildung für die Kavallerieoffiziere sei geboten, dazu dienen diese Reitschulen. In Österreich, Italien und Frankreich werden die Kavallerieoffiziere besser vorgebildet. Korreferent Rören (Zentr.): Gute Reiter sind freilich notwendig, aber es ist nicht nachgewiesen, daß hierfür eigene Reitschulen errichtet werden müssen. Warum kann dies nicht im Regiment geschehen? Autorität steht gegen Autorität und da muß ich die Position ablehnen, weil ich von der Notwendigkeit nicht überzeugt bin. Freiherr von Hertling (Zentr.): Unsere Kavallerie steht nicht auf der Höhe der Zeit, die Ausbildung im Regimente halte ich für unmöglich; die Reitschulen sind nötig. Aber ich habe große Bedenken nach der moralischen Seite hin; die 40 jungen Offiziere, die hier beisammen sind, werden leicht zum Spiel und zur Trunksucht verleitet. Graf Mielzinsky (Kole) spricht sich für früherer Kavallerieoffizier sehr scharf gegen die Reitschulen; im Regiment selbst kann die Ausbildung viel besser geschehen. Kriegsminister von Ciem: Den moralischen Schaden gebe ich unter Umständen zu; aber eine Aufsicht wird geschaffen werden müssen. Die Reitlehrer sind ja ältere Offiziere. Graf Driola (nat. lib.) spricht sich gegen die Reitschulen aus, weil die Ausbildung im Regiment geschehen müsse. Wenn solche Schulen eingerichtet werden, geht der Zusammenhang mit dem Regiment verloren. von Standt (Konf.) hat Bedenken moralischer Art gegen die Reitschulen, ist aber durch die Erklärung des Ministers befriedigt. Erzberger (Zentr.): Die Frage scheint noch nicht genügend geklärt; die Autoritäten seien nicht einig. Es fragte sich, ob nicht Konsequenzen für andere Waffengattungen entstehen; die Marine kommt sonst mit ähnlichen Anforderungen. Die moralischen Bedenken könnten allerdings nur durch einen Versuch beseitigt werden, das gebe er zu. Kriegsminister von Ciem: Konsequenzen sind nicht zu befürchten; er bitte, wenigstens den Versuch mit Baderborn zu machen. Nur dann könnten die Bedenken beseitigt werden. Um sich über den Vorschlag erst mit den Fraktionen in Verbindung zu setzen, wird die Weiterberatung ausgesetzt. Es folgt die Beratung der neuen Gehaltsstufen der Zahlmeister, die jetzt 1800 bis 3000 Mark Gehalt haben und nun 2700 bis 4350 Mark erhalten sollen. Die Intendantursekretäre, die den selben Höchstgehalt haben, bitten angesichts dessen um Erhöhung ihres Gehalts. von Ciem (Konf.) und Rören (Zentr.) haben Bedenken, so weit zu gehen, sonst müsse man die Intendantursekretäre unbedingt verbessern. Die Konsequenzen seien unabsehbar. Mit großer Mehrheit wurde der Höchstgehalt auf 4150 Mark festgesetzt.

Ueber die Schaffung eines Reichskolonialamtes und die Haltung des Zentrums gehen wieder allerhand Gerüchte durch die Presse; jetzt soll hiernach das Zentrum ankommen sein, diese Forderung zu genehmigen, das ist rein aus den Fingern geblasen. Gerade jetzt, nachdem die liberale Presse eine solche Mäße gegen das Zentrum veranfaßt hat, wird dieses die allergrößte Lust verspüren, nun das Reichskolonialamt zu genehmigen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu allen diesen Meldungen: „Wir selbst stehen, wie gesagt, dem Plane der Einrichtung eines selbständigen Kolonialamtes verhältnismäßig kühl gegenüber, da es nach unserer Meinung weit mehr auf die Persönlichkeiten als auf die Amtsbefugnis ankommt. Ob der Feinz von Hohenlohe der rechte Mann auf dem rechten Posten sei, muß noch abgewartet werden. In manden Kolonialkreisen scheint man neuerdings starke Zweifel zu hegen.“ Gewiß! Wenn die „Kolonialfreie“ gar noch offen sagen würden, was sie im Privatgespräch ausplaudern, würde man noch andere Urteile hören. Wir sind aber so objektiv, zuzugeben, daß Hohenlohe guten Willen hat; das hat er namentlich im Falle Buttamer bewiesen. Aber gerade sein Vorgehen gegen Buttamer hat ihm die Konservativen entfremdet.

Die Haltung des Zentrums zur Flottenfrage in der Budgetkommission wird von der „Nordd. Allg. Sta.“ anerkannt. Das Blatt schreibt: „Wenn das Zentrum erklärte, daß seine Entscheidung in der Budgetkommission noch nicht als endgültig anzusehen sei, da es sich seine Entscheidung bis nach Erledigung der Steuervorlagen vorbe-

Bestreben und an endet. In ungen religiös-gram ein, und r moderner Res-nes krankhaften inoffiziellen Bewi-zeiten entstehen ung aber lassen werden. Melom-ehetios, welche, ung ausblinnen, vor allem aber allchem mischen, führen müssen.“
„Best der blas-Abholles Ernst4
erb, Ehr. Wefch
der „Biblichen
Hilfgelei ins
den bebauer-
den Matgeders“
alle Haupt-
rezen, und der
s sich bei diese-
ngen nicht um
zeigen neben
Best über die
angefährliche
wissenschaftlich
erfahrungen
von Bogazzaros
von der wohl
e je nach der
rganismus in
das Menschen
e, ohne daß sie
e Folge davon
eiden kurieren,
er eigentlichen
de Mittel, wie
Akkennereifers
ann in dieser
illene berichtet
in jeden Alters
kade dort selbst
u die Wäumer,
von letzterer
f den Menschen
u des Körpers
ganismus ver-
e verschiedenen
her der Monat
Burmalomen,
man nur selten
er meist nur
dignat Dr.
Salomonis-
der Original-
schämer mit-
kürzester Zeit
während
uchte.
dieser er-
Dieser
1870.
empfang
Tränen
er geliebt
etan war,
e zu teil
fest ein-
n werden,
für sein-
den un-
zurück-
Lalisaner
immiger
m Kriege
ntfeld.“
gen Offi-
Was be-
ist, wie
Mädchen,
rusttische
nde, und
er Nacht
n, grau-
elbläue.
er dieser
eif schon
eutenant.
daß du
d keinen